



Medienmitteilung

Zürich, 25. Februar 2022

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 28. Februar 2022 Fokusthemen: **Sicherheit und Bau**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen nach den Wahlen eines Bankrats- und eines Kommissionsmitglieds zwei Schlussabstimmungen durchführen. Nach der Behandlung zweier Motionen zu Sicherheitsthemen wird der Rat bis zum Mittag über die vorläufige Unterstützung von verschiedenen parlamentarischen Initiativen entscheiden. In der Nachmittagsitzung wird der Kantonsrat versuchen, möglichst viele der zahlreichen Vorstösse auf der Traktandenliste zu behandeln, welche die Baudirektion betreffen.

Schlussentscheid zu Nationalität von Polizisten und Selbstbestimmung für Behinderte

Keine langen Debatten sind zu den zweiten Lesungen von Änderungen des Polizeiorganisationsgesetzes ([KR-Nr. 390/2020](#)) und des neuen Selbstbestimmungsgesetzes ([5594](#)) zu erwarten. In der zweiten Lesung einer Vorlage geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO). Der Kantonsrat hat in erster Lesung entschieden, dass wer im Kanton Zürich Polizistin oder Polizist werden will, schon bei Beginn der Ausbildung – und nicht erst bei der Vereidigung – eingebürgert sein muss. Die entsprechende Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes war durch eine parlamentarische Initiative der SVP angeregt worden. Ebenfalls in erster Lesung entschieden hat der Rat, dass Menschen mit Behinderungen im Kanton Zürich künftig so weit wie möglich selber bestimmen können sollen, wo und wie sie wohnen und von wem sie dabei betreut werden. Das neue Selbstbestimmungsgesetz sieht unter anderem den dafür in diesem Bereich notwendigen Systemwechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung vor.

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

Motionen zu Elterntaxi und Verkehrsabgaben

Nach den Schlussabstimmungen wird der Rat über die Überweisung von zwei Motionen an den Regierungsrat entscheiden, welche die Sicherheitsdirektion betreffen. SP-Kantonsrätin Qëndresa Hoxha-Sadriu will mit Unterstützung von Mitte, EVP und AL sogenannte Elterntaxi verhindern, indem den Gemeinden ermöglicht werden soll, im Umfeld von Schulen ein Halteverbot anzubringen ([KR-Nr. 335/2021](#)). SVP-Kantonsrätin Romaine Rogenmoser verlangt, dass nicht nur für Fahrzeuge mit Verbrennungs- oder Hybridmotoren, sondern auch für solche mit alternativen Antrieben eine Verkehrsabgabe bezahlt werden soll ([KR-Nr. 365/2021](#)). Der Regierungsrat beantragt, beide Vorstösse abzulehnen.

Qëndresa Hoxha-Sadriu (SP, Opfikon), 079 951 39 07

Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach), 079 427 11 17

PI zum Betreuungsschlüssel in Kitas und zu Transparenz über gebundene Ausgaben

In der verbleibenden Sitzungszeit wird sich der Rat am Vormittag parlamentarischen Initiativen (PI) widmen. Dabei geht es vorerst darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der zuständigen Kommission entscheidet der Rat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Mit einer PI verlangt Karin Fehr Thoma, unterstützt von SP, Mitte und EVP, den Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten dahingehend anzupassen, dass Praktikantinnen und Praktikanten in der Regel nicht als

Betreuungspersonen angerechnet werden ([KR-Nr. 209/2021](#)). Gleich drei parlamentarische Initiativen zu gebundenen Ausgaben der Gemeinden stammen aus der Feder von SVP-Kantonsrat Diego Bonato. Er will mit Unterstützung der GLP, dass die Gemeinden künftig die Bewilligung gebundener Ausgaben amtlich veröffentlichen müssen ([KR-Nr. 210/2021](#)), und zu Transparenz gegenüber der Legislative verpflichtet werden, indem sie voraussehbare gebundene Ausgaben im Budget als solche vermerken ([KR-Nr. 211/2021](#)) und in der Jahresrechnung ausweisen müssen ([KR-Nr. 212/2021](#)).

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61
Diego Bonato (SVP, Aesch), 079 339 18 78

Mehr Informationen für unabhängige Lift-Wartungsunternehmen

SVP-Kantonsrat Hans-Peter Amrein möchte mit einer parlamentarischen Initiative (PI) gegen überhöhte Wartungskosten für Liftanlagen vorgehen. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt jedoch einstimmig, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 359/2018](#)). Nachdem die PI vom Kantonsrat vorläufig unterstützt worden war, kam die Kommission im Lauf ihrer Beratung zum Schluss, dass das Anliegen auf kantonaler Gesetzesstufe nicht umsetzbar ist. Der Initiator beantragt deshalb mit einem Einzelantrag, die Initiative anzunehmen und zur Ausarbeitung eines Entwurfs für eine Standesinitiative auf der Basis des Initiativtextes an die Kommission zurückzuweisen.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82
Rückweisungsantrag: Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht), 079 657 44 56

Humusaufbau steht im Kanton Zürich bereits prominent auf der Agenda

Keine lange Diskussion dürfte es zur Abschreibung eines Postulats betreffend «Humusaufbau zur Speicherung von CO₂» geben. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([5748](#)). Mit dem Postulat wurde gefordert, dass der Regierungsrat aufzeigt, wie der Humusaufbau gefördert werden kann. Eventuell sei auch ein neues Projekt zu prüfen. Es zeigte sich, dass die Forderungen des Postulats weitgehend erfüllt sind: Der Kanton Zürich unterstützt den Humusaufbau auf landwirtschaftlichen Flächen bereits heute durch verschiedene Massnahmen. Zudem geht das «Ressourcenprojekt AgroCO₂ncept Flaachtal» die Problematik mit einem Pilotprojekt mit wissenschaftlicher Auswertung konkret an.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

Fragen zu einer Brennstäbe-Verpackungsanlage zur Entsorgung radioaktiver Abfälle

Zu einer regen Debatte könnte es bei der Behandlung einer Initiative zu radioaktiven Abfällen kommen, auch wenn der Rat lediglich die Antworten des Regierungsrates zur Kenntnis nehmen kann ([KR-Nr. 20/2020](#)). FDP-Kantonsrat Martin Farner hatte dem Regierungsrat vor zwei Jahren mit Unterstützung von SP und SVP verschiedene Fragen im Zusammenhang mit einer Brennstäbe-Verpackungsanlage (BEVA) am Standort eines möglichen geologischen Tiefenlagers für radioaktive Abfälle gestellt. Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Martin Farner (FDP, Oberstammheim), 079 470 09 84

Vorstösse zu Wassergebühren, Elektro-Lademöglichkeiten und Photovoltaikanlagen

Mit einer Motion lädt GLP-Kantonsrätin Cristina Cortellini, unterstützt von der SP, den Regierungsrat ein, die notwendigen Gesetzesänderungen vorzuschlagen, um bei den Wassergebühren das Kostendeckungsprinzip zu modifizieren: Gebühren und Beiträge sollen auch für Schutz- und Präventionsmassnahmen in Wasserzuströmgebieten verwendet werden können ([KR-Nr. 67/2020](#)). GLP-Kantonsrätin Franziska Barmettler bittet mit Unterstützung der FDP den Regierungsrat, zuhanden der Gemeinden Leitlinien auszuarbeiten für das Zurverfügung-Stellen des öffentlichen Raumes an Private für das Aufstellen von Elektroauto-Lademöglichkeiten. ([KR-Nr. 68/2020](#)). Und GLP-Kantonsrätin Sonja Gehrig fordert den Regierungsrat auf, die gesetzlichen Grundlagen zur flächendeckenden Installation von

Photovoltaikanlagen auf geeigneten Dächern von bestehenden und geplanten kantonalen Schulhäusern zu schaffen ([KR-Nr. 89/2020](#)). Der Regierungsrat beantragt, alle drei Vorstösse abzulehnen.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon), 079 784 75 24
Franziska Barmettler (GLP, Zürich), 079 796 61 55
Sonja Gehrig (GLP, Urdorf), 079 661 51 49

Diskussion zu Vorstössen, die der Regierungsrat entgegennehmen möchte

Wenn der Regierungsrat bereit ist, eine Motion oder ein Postulat entgegenzunehmen, wird dies entsprechend traktandiert. Gibt es dazu im Rat keine Opposition, wird ein solcher Vorstoss diskussionslos der Regierung überwiesen. Beantragt aber auch nur ein Mitglied des Rates, einen Vorstoss abzulehnen, verbleibt dieser auf der Traktandenliste, und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer Debatte im Parlament, über eine allfällige Überweisung entscheiden. Genau dies war bei den folgenden fünf Vorstössen der Fall. GLP-Kantonsrätin Sonja Gehrig fordert den Regierungsrat auf, auf allen geeigneten Dächern von kantonalen Liegenschaften Photovoltaik-Anlagen zu bauen ([KR-Nr. 91/2020](#)) und das Merkblatt sia 2060 (Infrastruktur für Elektrofahrzeuge in Gebäuden) für Neubauten verbindlich zu erklären ([KR-Nr. 127/2020](#)). Wie eine Lärmsanierung durch sogenannte Flüsterbeläge umgesetzt werden könnte und was das kosten würde, möchte derweil EDU-Kantonsrat Thomas Lamprecht mit Unterstützung von SVP und FDP wissen ([KR-Nr. 122/2020](#)).

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf), 079 661 51 49
Thomas Lamprecht (EDU, Bassersdorf), 079 286 85 45

Schriftliche Verfahren:

Voraussichtlich diskussionslos behandelt wird am Montag ...

- die Abrechnung des Verpflichtungskredits zum Bau der Strasse Uster West zwischen der Winterthurerstrasse und der Zürichstrasse ([4818](#)).

Personelles:

Gleich zu Beginn der Vormittagssitzung wird der Kantonsrat ein neues Mitglied des Bankrates der ZKB für den Rest der Amtsdauer 2019 bis 2023 wählen ([KR-Nr. 315/2021](#)). Für den zurücktretenden János Blum schlägt die Interfraktionelle Konferenz (IFK) die ehemalige Leiterin der Winterthurer Finanzkontrolle, Sandra Berberat Kecerski (Grüne, Jahrgang 1976), vor. Anschliessend steht die Wahl eines neuen Mitglieds der Finanzkommission an ([KR-Nr. 50/2022](#)). Die IFK schlägt Isabel Garcia (GLP, Zürich) als Ersatz für den zurückgetretenen Cyrill von Planta vor. Die Vorschläge der IFK sind unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Benno Scherrer, Kantonsratspräsident, 077 445 44 49
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12